

Politische Bildung im Grätzel



Mitten in Hernals

Unser Grätzel, unsere Heimat!

Verein **Mitten** in Hernals

Gschwandnergasse 59 | 1170 Wien

Web: www.mitteninhernals.at | Mail: verein@mitteninhernals.at

Zielsetzung Politische Bildung



Mitten in Hernals

Ziele und Aufgaben der politischen Bildung

politisches
Engagement

Das muss
jede/jeder
selbst tun

selbständiges
Urteil

Unsere
Abende
bieten

Verständnis
für Politik

Grundwissen
vermitteln

mündiger Bürger



Mitten in Hernals

Teil 6

Checks & Balances in

unserer Demokratie

Inhaltsübersicht



Mitten in Hernals

- Mehr Autorität der Regierung oder mehr Beteiligung und Kontrolle?
- Die Rolle des Bundespräsidenten
- Autoritäre Regierungstendenzen und ihre Auswirkungen
- Institutionelle Checks & Balances durch Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Rechnungshof, Volksanwaltschaft, Nationalbank und ORF
- Veränderte politische Kultur verlangt Stärkung der Checks & Balances
- Bestellungsprozess Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof, Rechnungshof, Volksanwaltschaft, Nationalbank und ORF

Mehr Autorität oder mehr Beteiligung?



Mitten in Hernals

**Regierung
braucht Autorität**

**Keine
Demokratie
ohne
Beteiligung**

**Parlament
beschließt alle
Gesetze nicht
Regierung**

**Macht braucht
Kontrolle**

**Oppositionsrechte
sind das Salz in der
Demokratie**

**Machtmiß-
brauch**

**Regierung muss
Entscheidungen
treffen können!**

**Die Ersetzung der Macht des Einzelnen
durch die der Gemeinschaft ist der
entscheidende kulturelle Schritt.**

Sigmund Freud

Rolle des Bundespräsidenten



Mitten in Hernals

- Der Bundespräsident ist der einzige Repräsentant des Staates auf Bundesebene, der von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt wird. Das verschafft ihm eine starke Stellung im Verfassungsgefüge, denn er hat eine Mehrheit des Wahlvolkes hinter sich.
- Seine Macht ist aber zugleich in den meisten Rechtsakten gemäß Artikel 67 Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes eingeschränkt: Der Bundespräsident ist demzufolge auf einen Vorschlag der Bundesregierung oder der zuständigen Ministerin bzw. des zuständigen Ministers angewiesen. Diesem Vorschlag kann er folgen oder nicht – in jedem Fall muss er für sein Handeln nachvollziehbare Gründe haben.
- Meist prüft der Bundespräsident nur ob die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, aber er kann auch sonstige Aspekte berücksichtigen. Diese müssen letztlich auch rechtlich gedeckt sein.
- Verfassungsmäßig völlig frei ist er bei der Ernennung des Bundeskanzlers. Er könnte theoretisch jeden Mann und jede Frau mit der Regierungsbildung beauftragen. Soll die Regierung arbeitsfähig sein, braucht sie aber eine Mehrheit im Parlament.

Bundespräsident und Ibiza



Mitten in Hernals

- Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde von allen Seite eine souveräne Amtsführung während der Regierungskrise der letzten Wochen attestiert.
- Dennoch muss ein Bundespräsident in seiner Rolle primär auf eine funktionierende Regierung achten. Daher kann sein Agieren in den ersten Tagen der Krise als klare Unterstützung für Bundeskanzler Sebastian Kurz interpretiert werden. Die Hinweise des Bundespräsidenten, sich um eine Mehrheit im Parlament zu kümmern, hat Kurz aber nicht beachtet. Das Ergebnis ist bekannt.
- Wie hätte sich ein Bundespräsident Nobert Hofer in dieser Situation verhalten? Seine Bemerkung „Sie werden sich wundern, was alles möglich ist!“, klingt noch immer in den Ohren nach.
- Jede politische Funktion kann so uns so ausgeübt werden. Das Problem mit der Demokratie ist eben, dass sie auch demokratisch abgeschafft werden kann.

Autoritäre Regierungstendenzen



Mitten in Hernals

- Bundeskanzler Sebastian Kurz hat in einigen Bereichen autoritäre Tendenzen mit seiner türkis-blauen Regierung gezeigt und auch umgesetzt. Es wurde eine massive politische Kontrollebene in den Ministerien mit starken Generalsekretären installiert und damit die fachlich-leitenden Beamten teilweise entmachtet. Es wurde eine vollständige „Message Control“ eingerichtet, die mit dutzenden neuen Mitarbeitern in den Presseabteilungen ausgestattet wurde. Zudem wurden kritische Gesetze ohne Begutachtung ins Parlament gebracht und zeitlich durchgepeitscht.
- Die Übergabe der gesamten Sicherheitsapparate an eine Partei mit einer gewissen Neigung zu autoritärem Politikverständnis war zudem eine politisch höchst umstrittene Entscheidung. Die Hausdurchsuchung des BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz) und die Mitnahme sensibler Daten aus der Extremismusabteilung durch FPÖ-nahe Polizeibeamte sind in schockierender Erinnerung. Die Isolierung Österreichs bei der internationalen Geheimdienstkooperation war die Antwort der EU-Partnerländer.

Ist unsere Demokratie darauf vorbereitet?



Mitten in Hernals

- Man spricht nicht zufällig von politischer Kultur und meint damit gewisse Vorgangsweise, die über Jahrzehnte in Österreich von den politischen Akteurinnen und Akteuren entwickelt wurden. Der Umgang mit Kontrolleinrichtungen wie dem Rechnungshof oder der Nationalbank oder mit dem staatlichen ORF sind Ausdruck der politischen Kultur.
- Die türkis-blaue Regierung hat einen starken Zugriff auf alle Kontrolleinrichtungen des Staates entwickelt. Es wurde die Nationalbank politisch komplett umgefärbt, neue Richter für das Verfassungsgericht ernannt, der Rechnungshof mit einer regierungsnahen Präsidentin unverändert belassen und der Zugriff auf den ORF gestartet.
- Wir müssen uns aktuell fragen, ob die bisherigen institutionellen Regelungen für Checks & Balances ausreichend sind, wenn autoritärere Regierungsarbeit von den Wählerinnen und Wählern akzeptiert wird. Soll weiterhin eine autokratische Führungsperson (Präsidentin oder Präsident) im Rechnungshof über die Arbeit dieser wichtigen Kontroll-einrichtung allein entscheiden? Soll die Opposition aus der Bestellung der Führung von Nationalbank oder den höchsten Gerichtshöfen ausgeschlossen bleiben?

Institutionelle Checks & Balances



Mitten in Hernals

- Der Verfassungsgerichtshof wacht über die Einhaltung der Bundesverfassung. Für den Fall einer (behaupteten) Verletzung der Verfassung durch staatliche Organe entscheidet der VfGH endgültig und sichert damit den Bestand der Verfassung.
- Der Verwaltungsgerichtshof garantiert den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtssicherheit im Umgang mit der Verwaltung. Als höchste Rechtsschutzinstanz stellt er das gesetzmäßige Handeln der Verwaltungsbehörden sicher.
- Der Rechnungshof Österreich ist das oberste Kontrollorgan Österreichs. Der Rechnungshofausschuss ist das wichtigste Informationsgremium des Parlaments zur Arbeit des Rechnungshofs. Damit sind Rechnungshof und Parlament verzahnt, aber letztlich entscheidet die Regierungsmehrheit im Ausschuss.
- Die Nationalbank ist die unabhängige Stimme in der Wirtschaftspolitik. Ihre finanzielle Unabhängigkeit resultiert aus dem Gewinn aus der Bargeldausgabe.
- Der ORF ist die größte Medienorgel des Landes im Bereich Fernsehen, Radio und Online. Unabhängige und kritische Berichterstattung werden vom ORF erwartet.

Ausreichende Checks & Balances?



Mitten in Hernals



Politische Kultur hat sich verändert.



Mitten in Hernals

- Auch zur Zeit der SPÖ-Alleinregierung unter Bruno Kreisky gab es mit Hans Kloss und Stephan Koren ÖVP-nahe Präsidenten der Nationalbank. Der Rechnungshof wurde vom FPÖ-Politiker Jörg Kandutsch geführt. Der Verfassungsgerichtshof wurde von Erwin Melichar geführt, der auch nicht der SPÖ-Nähe verdächtig war. Im ORF war mit Gerhard Bacher ein ÖVP-naher Generaldirektor tätig, auch wenn Kreisky den ORF politisch zu beeinflussen versuchte.
- Der politische Zugriff auf alle Kontrolleinrichtungen entsprach nicht der politischen Kultur und dem demokratischen Grundverständnis der zweiten Republik. Dies änderte sich schleichend über viele Jahre und fand mit der Regierung Kurz-Strache seinen unrühmlichen Höhepunkt.
- Wirklich beunruhigend ist in diesem Zusammenhang, dass von Seiten der führenden Regierungspartei ÖVP kein Problem bei den mangelnden Checks & Balances gesehen wurde. Die tendenziell autoritärere Ausrichtung der FPÖ ist kein Geheimnis. Der schleichende Wechsel der ÖVP unter Kurz in diese Richtung ist aber besorgniserregend.

Der Verfassungsgerichtshof



Mitten in Hernals

- Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung, des Nationalrates oder des Bundesrates ernannt. Die Bundesregierung erstellt Vorschläge für den Präsidenten, den Vizepräsidenten, sechs Mitglieder und drei Ersatzmitglieder. Der Nationalrat schlägt drei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder vor; dem Bundesrat kommt das Vorschlagsrecht für drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied zu.
- Das Vorschlagsrecht für die Besetzung von Richterstellen beim Verfassungsgerichtshof wurde 1994 geändert. Die Verpflichtung des Nationalrates und des Bundesrates, dem Bundespräsidenten Dreier-Vorschläge für die Besetzung von Richterstellen zu erstatten, wurde abgeschafft. Die beiden Organe schlagen seither – ebenso wie die Bundesregierung – jeweils nur einen Kandidaten vor.
- Der Verfassungsgerichtshof wird damit von der jeweiligen Regierungsmehrheit beschickt und der Bundespräsident hat keine Wahlmöglichkeit aus einem 3-er-Vorschlag.
- Es stellt sich die Frage, ob hier nicht als demokratisches Minderheitsrecht eine Berücksichtigung der Opposition in den Vorschlägen vorzusehen ist. Damit kann eine autoritäre Entwicklung zwar nicht verhindert, aber deutlich erschwert werden.

Der Verwaltungsgerichtshof



Mitten in Hernals

- Die Richterinnen und Richter werden von der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Soweit es sich nicht um die Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten bzw. der Vizepräsidentin oder des Vizepräsidenten handelt, erstattet die Bundesregierung ihren Vorschlag aufgrund eines für sie bindenden Dreivorschlages der Vollversammlung (diese setzt sich aus dem Präsidenten, der Vizepräsidentin sowie den übrigen Richterinnen und Richtern zusammen).
- Die Führung des Verwaltungsgerichtshofes und auch die Richter werden ebenfalls von der jeweiligen Regierungsmehrheit beschickt. Der Bundespräsident hat bei Präsidentin/Präsident und Vizepräsidentin/Vizepräsident ebenfalls keine Wahlmöglichkeit aus einem 3-er-Vorschlag.
- Es stellt sich die Frage, ob nicht auch beim VWGH als demokratisches Minderheitsrecht eine Berücksichtigung der Opposition in den Vorschlägen vorzusehen ist. Damit kann eine autoritäre Entwicklung zwar nicht verhindert, aber deutlich erschwert werden.

Der Rechnungshof



Mitten in Hernals

- Dem Rechnungshof steht die Rechnungshofpräsidentin bzw. der Rechnungshofpräsident vor. Er wird vom Nationalrat auf 12 Jahre gewählt und vom Bundespräsidenten angelobt. Sie bzw. er kann nicht wiedergewählt werden.
- Es hat sich mittlerweile durch das wiederholte Vorpreschen der Regierungspartei ÖVP eingebürgert, dass nicht mehr eine Kandidatin oder ein Kandidat der Opposition als Präsidentin / Präsident gewählt wird, sondern eine Regierungskandidatin. Das ist höchst problematisch.
- Die Führungsfunktion im Rechnungshof ist monokratisch angelegt. Sämtliche Prüfungsabteilungen werden von der Präsidentin geführt und müssen an diese berichten. Das gilt auch für die interne Revision. Sie untersteht als Stabsstelle unmittelbar der Präsidentin des Rechnungshofes.
- Die Bestellungs politik der Regierung spricht dafür, dass der Rechnungshof hinkünftig nicht mehr nur von einer Person regiert wird. Zumindest eine Führungsrolle im Rechnungshof sollte immer der Opposition zugeordnet werden. Damit kann eine autoritäre Entwicklung zwar nicht verhindert, aber deutlich erschwert werden.

Die Volksanwaltschaft



Mitten in Hernals

- Die aus drei Mitgliedern bestehende Volksanwaltschaft in Österreich ist als parlamentarischer Ombudsmann zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung eingerichtet. Sie steht allen Menschen bei Problemen mit Behörden kostenlos zur Verfügung, die sich durch Organe der Verwaltung ungerecht behandelt fühlen und bereits alle Rechtsmittel ausgeschöpft haben. Darüber hinaus ist die Volksanwaltschaft seit 2012 als Nationaler Präventionsmechanismus auch für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Österreich zuständig. Seit dem Jahr 1981 ist die Volksanwaltschaft in der Bundesverfassung verankert.
- Der Volksanwaltschaft gehören drei Mitglieder an, die jeweils auf sechs Jahre bestellt werden und in dieser Zeit auch nicht abgesetzt werden können. Sie werden vom Nationalrat nach Art. 148g B-VG gewählt, der Vorsitz in der Volksanwaltschaft wechselt jährlich zwischen den Mitgliedern. Die Mitglieder der Volksanwaltschaft arbeiten kollegial zusammen und sind bei Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig.
- Die Kandidaten für die Volksanwaltschaft werden von den drei mandatsstärksten Parteien im Nationalrat nominiert, anschließend vom Hauptausschuss vorgeschlagen und schließlich vom Plenum gewählt. Es stellt sich die Frage, ob nicht eine vierte Funktion ergänzt werden soll, um die Opposition stärker in der Volksanwaltschaft zu gewichten.

Die Nationalbank



Mitten in Hernals

- Der Generalrat der Nationalbank ist das wichtigste Entscheidungsorgan. Der Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht weiteren Mitgliedern, wobei die Mitglieder jeweils für eine fünfjährige Funktionsperiode von der Bundesregierung gemäß § 23 Nationalbankgesetz 1984 ernannt werden. Der Generalrat schlägt der Bundesregierung 3-er-Vorschlägen für die Mitglieder des operativen Direktoriums vor. Der Bundespräsident ernennt die Mitglieder des Direktoriums auf Vorschlag der Bundesregierung.
- Seit 2010 ist der Bund Alleinaktionär der Nationalbank. Die Sozialpartner der Arbeitnehmerseite wurden schrittweise aus dem Generalrat der Nationalbank gedrängt. Mit der Ernennung des Wirtschaftskammerpräsidenten Mahrer zum Präsident der Nationalbank wurde ebenfalls eine Grenzüberschreitung vorgenommen. Ein ehemaliger ÖVP-Minister und aktiver Kammerpräsident der ÖVP war bisher noch nie in einer derartigen Funktion tätig. Die Unabhängigkeit der Nationalbank wurde vollständig ausgehöhlt. Die Nationalbank ist heute mehr oder weniger eine nachgelagerte Regierungsdienststelle des Finanzministeriums.
- Die Bestellung des Generalrats der Nationalbank muss unbedingt neu aufgesetzt werden, damit eine ausreichend breite politische Verankerung gegeben ist. Dafür sollten der Opposition und allen Sozialpartnern ebenfalls Generalräte zugeordnet werden.

Der ORF



Mitten in Hernals

- Der Stiftungsrat des ORF dient vorrangig der Kontrolle und Leitung der Rundfunkgesellschaft. Der Stiftungsrat besteht aus 35 Mitgliedern. 24 der 35 Stiftungsräte werden von der Bundesregierung, neun Mitglieder von den Landesregierungen (je ein Mitglied pro Bundesland) und 4 bis 6 von den Parlamentsparteien (je ein Mitglied pro Partei) ausgewählt, 6 vom Publikumsrat, der aus 17 vom Bundeskanzler bestellten Mitgliedern besteht, weitere fünf Stiftungsräte stellt der ORF-Zentralbetriebsrat. Es gibt einen starken Regierungseinfluss im Stiftungsrat.
- Der Stiftungsrat deckt die politische Breite des Landes teilweise ab, aber es fehlen in der heutigen Konstruktion eindeutig die Medienexperten. Der Stiftungsrat soll sich vor allem aus anerkannten Medien- und Wirtschafts-Expertinnen und Experten zusammensetzen – nach einem transparenten Bestellungsverfahren. Nicht die parteipolitische Zuverlässigkeit sollte das wichtigste Kriterium für die Bestellung sein, sondern Fachkompetenz. Internationale Experten aus anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen sollten zumindest ein Drittel der Stiftungsräte ausmachen.
- Die Bestellung des Stiftungsrats des ORF sollte daher ebenfalls neu aufgesetzt werden, damit eine ausreichend breite politische und fachliche Verankerung gegeben ist. Die Unabhängigkeit des ORF sollte möglichst gut und breit abgesichert werden.



Mitten in Hernals

**Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit!**